

**Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
- Zentrale Verwaltung -
Justitiariat**

Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Justitiariat
Lennéstraße 1, Schloss, 19053 Schwerin

19053 Schwerin
Lennéstraße 1, Schloss
Telefon: 0385 525-2175
Telefax: 0385 525-2010
E-Mail: jmail@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Ihr Schreiben / vom
18.07.2023

Mein Zeichen / vom
J/100

Datum
31.07.2023

Sehr geehrte [REDACTED]

mit Schreiben vom 18.07.2023 bitten Sie unter Bezugnahme auf das IFG M-V um Auskunft, ob dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern Untersuchungsausschussberichte, Landtagsprotokolle oder ähnliche Quellen zu konkreten oder geplanten Ausschreitungen auf Unterkünfte für Geflüchtete und Asylbewerbende in den Jahren 1991-92 vorliegen.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ist gemäß § 3 Absatz 1 IFG M-V zur Herausgabe von Informationen insoweit verpflichtet, als er öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt. Demgegenüber ist der spezifische Bereich der Wahrnehmung parlamentarischer Angelegenheiten vom Anwendungsbereich des IFG M-V ausgenommen. Bei der Durchführung seiner Aufgaben sowohl im parlamentarischen als auch im Verwaltungsbereich wird der Landtag Mecklenburg-Vorpommern durch die Landtagsverwaltung unterstützt, indem vor allem die logistischen Voraussetzungen für einen reibungslosen parlamentarischen Betrieb gewährleistet werden.

Ein Anspruch auf Informationszugang nach dem IFG M-V besteht nur, soweit die begehrten Informationen bei der auskunftspflichtigen Stelle tatsächlich vorhanden sind und keine Ausschlussgründe entsprechend der § 5ff. IFG M-V vorliegen. Unabhängig von der grundsätzlichen Frage der Anwendbarkeit des IFG M-V teile ich Ihnen ohne Anerkennung einer Rechtspflicht mit, dass dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern keine Dokumente zu den näher beschriebenen Ereignissen vorliegen, an denen Ausschreitungen auf Unterkünfte für Geflüchtete und Asylbewerbende stattgefunden haben sollen oder geplant gewesen sein sollen.

Die Parlamentsdatenbank beinhaltet lediglich allgemein gehaltene Beratungsthemen mit dem Gegenstand Asyl- und Ausländerwesen, wonach die von Ihnen angeführten Ereignisse nicht Gegenstand der Beratungen waren.

Mit freundlichen Grüßen


